

Kösliner Volksblatt

Vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechspaltige Klein-
zelle 30 Pfg.; Reklame kostet die dreispaltige Klein-
zelle 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung
gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von An-
zeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 185.

Sonntag, den 10. August 1919.

17. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

74. Sitzung von Freitag, 8. August 1919.
Am Regierungstisch: Bauer, Erzberger, David, Moste,
Weber, Schilde.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst 17 Anfragen. Unter
anderem Abgeordneter Hartmann-Berlin (Demokrat) nach dem
Ergebnis der Rechnungslegung der Arbeiter- und Soldatenräte.
Abgeordneter Sämling vom Reichsministerium antwortete: Die Kos-
ten sind in der Hauptsache persönliche Tagelöhner und Reisekosten
von geringererem Umfang, ferner sachliche Geschäftskosten, dane-
ben aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. (Vehhaftes
Lachen, Heulerei.) Beim Meer sind infolge anderer Bestimmungen
größere Kosten entstanden, bis zum 31. März etwa 88 Mil-
lionen Mark. Nach den bisherigen Unteragen hat das Reich min-
destens 100 Millionen Mark eingebüßt.
Der Gesetzentwurf einer Nachergänzung des Besoldungs-
gesetzes wird in allen drei Lesungen angenommen. Es folgt die
Beratung des Gesetzes über Ergänzungsmaßnahmen gegen die
Arbeitslosigkeit in das Ausland. Der Gesetzentwurf wird
dem Ausschuss überwiesen.
Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend
die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Reichsstaatsmin-
ister Meyer: Der Gesetzentwurf bezweckt erstens die Schaffung
eines im Reichsbesitz stehenden elektrischen Hochspannungs-
netzes, das sich im Laufe der Jahre allmählich dem deut-
schen Eisenbahnnetz über das deutsche Reich ausbreiten wird.
Zweitens: Die Sicherung eines maßgebenden Einflusses des
Volkes auf die bestehenden u. noch zu errichtenden Elektrizitäts-
erzeugungsanlagen größerer Stills. Vor allem sollen die be-
stehenden großen elektrischen Erzeugungsgruppen, die mittel-
spannige, städtische, die süddeutsche und die oberstelektische unter-
einander verbunden werden. Mit Durchführung dieses Gesetzes
übernimmt das Reich monopolistisch die Aufgabe des Transports
der elektrischen Energie. Hochspannungsleitungen sind fortan
Reichswege und darum macht der Entwurf auch vor den bestehen-
den und projektierten Anlagen der Staaten nicht Halt, wozu
die Einzelstaaten ihre Zustimmung gegeben haben. Der Ent-
wurf hat auch eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung.
Er soll die Lücke in unserer Kohlenversorgung nach Möglichkeit
mit künstlicher Beschleunigung ausgleichen. Freilich wird
das Ziel in vollem Umfang erst in Jahren erreicht werden, doch
werden sich kleine Erfolge auch für den bevorstehenden Winter
erreichen lassen. Die Vorlage erzeugt auch noch erhebliche Er-
wartungen innerhalb unserer Elektrizitätswirtschaft. Vor allem
die Konzentrierung der Kraftanlagen, deren wir jetzt über vier
tausend besitzen. Darüber hinaus wird das Unternehmen auch
eine Einnahmequelle für das Reich werden. Andererseits
wird der Entwurf nicht das allgemeine Elektrizitätsmonopol,
das bisher dem Reich nur das neue Errichtungsmonopol.
Nächste Sitzung Sonnabend, nachmittags 3 Uhr.

Die zukünftige Staatsform Ungarns.

Wie wir erfahren, sind die Berichte in anderen Blät-
tern, über eine Ausrufung des Reichsverwesers Erzberger
zum ungarischen König falsch, da über die zukünftige
Staatsform Ungarns erst die Nationalversammlung ent-
scheiden wird. Doch gilt die Wiedereinrichtung der Monar-
chie als wahrscheinlich.
In den unter dem Vorhitz des englischen Missionars
Wardon erfolgten Beratungen, welchen Vertreter der Enten-
te, Ministerpräsident Friedrich und Erzberger Josef be-
teiligten, wurden alle in Betracht kommenden Fragen einer
gründlichen Erörterung unterzogen. Bei der Lösung der un-
garischen Frage scheint die Entente-Mission das ganze mit-
teleuropäische Problem vor Augen zu haben. Dem Erzber-
ger Josef scheint eine bedeutende Rolle zugebacht zu sein.
Über die Verhandlungen geht an sämtliche Ententemächte
ein entsprechender Bericht. Gleichzeitig werden die ungaris-
chen Politiker in Wien, Prag und Szegedin aufgefordert,
nach Budapest zu kommen, um ihre Wünsche klar zu ge-
ben. Der Eindruck besteht, daß Ungarns Schicksal günstiger
beurteilt werden kann als bisher. Aus allen politischen
Kreisen des Landes treffen Begrüßungen an die neue Re-
gierung ein.
Die Umwälzung in Ungarn dürfte sich nicht nur im
Inneren, sondern auf Wunsch der Entente vollzogen
haben, die aus mancherlei Gründen für die Festigung der
Verhältnisse unter einem monarchistischen System eintritt,
sogar um ein Gegengewicht gegen die radikalen Bestrebun-
gen der eigenen linksstehenden Parteien zu haben. Die Be-
setzung der 8000 Mann starken alten Polizeitruppe und
der Offiziere, die die Freiwilligen-Truppen bilden, auf die
die neue Regierung stützt, konnte naturgemäß nur mit
Zustimmung der rumänischen Militärbehörden geschehen. Die
in Wien weilenden Sozialisten sind über die Entwicklung
in Ungarn bestürzt. Sie erklären, daß in Budapest der weiße
Terror herrsche und daß die linksstehenden radikalen Poli-
tiker, vor allem die Anhänger des Bolschewismus, den arg-
sten Verfolgungen ausgesetzt seien. Jedenfalls wollen sich
die Sozialisten bis auf weiteres an der neuen Regierung
nicht beteiligen.

Dortens Republikgründung im Gange.

Wie zuverlässig verlautet, hat die Reise des sogenann-
ten Präsidenten Dorten nach Paris den Zweck, in direkter
Verhandlung mit Clemenceau alle Vorbereitungen für die
Gründung einer rheinischen Republik zu treffen. Dorten han-
delt, wie nachweislich feststeht, im Sinne einer Anzahl von
Zentrumsabgeordneten, die sich mit ihm für die Selbstän-
digung des Rheinlandes einsetzen. Wie man in Ver-
bindung mit verschiedenen rheinischen Städten streng vertrau-
lich besprochenen und stattgefunden, an denen stets Zentrums-
abgeordnete und Vertrauensleute von Dorten teilnahmen.
Die Organisation, die von Dorten ins Leben gerufen wurde
und die den Boden für eine Republik bereiten soll, arbeitet
frei und bereit in den meisten Städten Versammlungen
zu, zu denen angeblich Dorten persönlich erscheinen will.
Die Stimmung im Rheinlande für eine Lostrennung von
Preußen ist indessen noch immer nicht gewachsen. Eine
große Mehrheit der Bevölkerung lehnt nach wie vor die
Wiederherstellung des Zentrums und anderer Drahtzieher ab.

Vom Schmachfrieden.

Artikel 171.

Da der Gebrauch von Stickstoffgasen, giftigen und an-
deren Gasen oder ähnlichen Flüssigkeiten oder Stoffen ver-
boten ist, wird ihre Herstellung in Deutschland und ihre
Einfuhr streng untersagt.

Artikel 172.

Innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten von In-
krafttreten dieses Vertrages an, teilt die deutsche Regierung
den Regierungen der Hauptmächte der Alliierten und ASSO-
ziierten die Art und Herstellungsweise aller Explosiv- und
Giftstoffe oder ähnlicher chemischer Präparate mit, die sie im
Kriege benutzt, oder zu Kriegszwecken bereitet hat.
Nur für Deutschland ist der Gebrauch von solchen Gasen
verboten. In England dagegen ist man überzeugt, daß in
späteren Kriegen, auf die man trotz Völkerbund rechnet, z.
B. einem Aufbruch in Indien, sie noch von großer Bedeutung
sein werden.

Unter Aufsicht der Entente.

Von unserem Berliner Vertreter wird
uns geschrieben:

Bekanntlich haben die ersten Verhandlungen zwischen
Deutschland und Polen in Warschau stattgefunden. Hier
wurden die Grenzfragen angeschnitten und auch wirtschaft-
liche Dinge erörtert. Diese Verhandlungen wurden plötzlich
abgebrochen und es hieß, daß sie in Berlin fortgesetzt wür-
den. Doch ist der Termin dieser Verhandlungen bisher stets
verschoben worden. Nunmehr heißt es, daß Mitte kommen-
der Woche die Beratungen ihren Anfang nehmen sollen.
Wie ich zuverlässig erfahre, ist sowohl der Grund der Ver-
legung der Verhandlungen nach Berlin, wie die lange Hin-
auschiebung dieser Berliner Besprechungen der, daß die
Entente erklärt hat, an den Verhandlungen teilnehmen zu
wollen. Den Verhandlungen werden also Ententevertreter
beizutreten, die das Recht haben, gegen alle Abmachungen
Einspruch zu erheben und ihre Willigkeit zu beanstanden,
wenn sie über die Bestimmungen des Friedensvertrages
hinausgehen. Die Entente spricht demnach sowohl Deutsch-
land wie Polen das Recht ab, selbständig und ohne ihre Zu-
stimmung ihre Grenzen zu regulieren und wirtschaftliche
Vereinbarungen zu treffen.
Die Amerikaner haben übrigens jetzt schon alle Rechte
für die Polen verloren. Eine hochstehende amerikanische
Persönlichkeit in Berlin sagte mir, daß er völlig auf Seiten
Deutschlands stehe und es als ein Unrecht betrachte, daß
man den Polen solche Landgeschenke mache. Er ist davon
überzeugt, daß sich dieses Land doch nicht wird halten kön-
nen und sieht es als eine Notwendigkeit an, daß sich die En-
tente um polnische Dinge kümmert.

Der Kaiserprozeß.

Haag, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Petit Jour-
nal berichtet aus Paris: Pichon hat in der Angelegenheit
des Kaiserprozeßes erklärt, daß die Entscheidung der Alliierten
unmittelbar bevorstehe.

Denkmalschändung.

Zweibrücken, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.)
In der vergangenen Nacht wurde das Bismarckdenkmal
von französischen Soldaten völlig besudelt und von oben bis
unten mit roter und weißer Farbe angegriffen. Die
Stadtverwaltung hat eine hohe Belohnung auf die Ermitt-
lung der Täter ausgesetzt.

Verhandlungen der Bergwerksbeamten des Saargebietes in Berlin.

Ludwigshafen, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.)
Nachdem die französischen Behörden nunmehr die Erlaub-
nis zur Reise nach Berlin gestattet haben, werden die Ab-
geordneten der Verbände der Bergbeamten im Saargebiet
nach Berlin reisen, um dem Handelsminister ihre Wünsche
vorzutragen, unter welchen Bedingungen die Uebernahme
der Bergbeamten durch die französische Verwaltung
erfolgen könnte.

Heimtransport russischer Kriegsgefangener.

Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie
verlautet, sind alle einschränkenden Bestimmungen der
Alliierten über den Heimtransport der russischen Kriegsge-
fangenen aus Deutschland aufgehoben. Der deutschen Re-
gierung bleibt lediglich die Verpflegung dieser Gefangenen
überlassen. Sie kann nach eigenem Gutdünken die Heimbe-
förderung vornehmen.

Die Heulieferungen an die Besatzungsbehörden.

Ludwigshafen, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.)
Die pfälzische Regierung hat bei der Reichsregierung be-
tragt, die von der Besatzungsbehörde auferlegten Heu-
und Strohlieferungen von insgesamt 50 000 Zentnern ange-
sichts des in der Pfalz herrschenden Futtermangels auf das
ganze Reich umzulegen und das Heu durch die von der
Reichsregierung unmittelbar zu bestimmenden Provinzen
aufbringen zu lassen.

Frankreichs Vertretung im Vatikan.

Haag, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Paris
wird gemeldet: Der Abgeordnete Demont, der sich lebhaft
für eine Verbindung Frankreichs mit dem Vatikan inter-
essiert, und im „Journal“ unter Hinweis auf die Enthül-
lungen Erzbergers erklärte, Frankreich müsse selbst eine
Vertretung beim Vatikan haben, damit es nicht von Eng-
land abhängig sei, wird diese Frage in der Kammer zur Be-
ratung bringen. In den Kreisen der Sozialisten ist man bei
der Abstimmung zu Zugeständnissen bereit.

Erzbergers Unsterblichkeit.

Wer auf fest gewachsenem Grund einer Weltanschau-
ung steht, wird seine Meinung nicht leicht ändern. Gewiß
entwickeln wir uns alle, lernen hinzu und streifen frühere
Irrtümer ab; niemals aber wird dem redlichen deutschen
Mann morgen schwarz sein, was ihm heute weiß ist, und
niemals wird er den Gott, den er gläubig angebetet hat,
späterhin wutschreiend verbannen wollen. Kann er schon,
nach heftigen, ihn bis ins innerste Mark erschütternden Ge-
wissenskämpfen, den Idealen seiner Jugend nicht treu blei-
ben, so wird er still und in sich gekehrt der neuen Ueberzeu-
gung leben. Ueberläufer- und Renegatentum sind bei uns
nicht beliebt. Und alle, die ihre früheren Anschauungen
häßlich bekämpfen, sind uns von vornherein verdächtig.
Wir halten ihr Tun weder für vornehm noch für mann-
haft und wünschen, daß sie uns zehn Schritte vom Leibe
bleiben.

Herr Matthias Erzberger ist erwiesenermaßen nicht
nur im Jahre 1914 einer der ausschweifendsten Annexio-
nisten gewesen. „Diesmal wird Michel nicht wieder der
dumme Kerl sein wie vormals“, schrieb er damals und ver-
langte einen richtigen deutschen Frieden, so ein Weißbluten
des Feindes, wie es Bismarck den ewig ränke- und re-
vandeschäftigen Franzosen angedroht hatte. Selbst die der
romanischen Rasse vorgelagerten englischen Inseln sollten
nach seiner Ansicht deutsch werden. Der Obersten Seeres-
leitung empfahl er die Ausrüstung unserer Luftschiffe mit
surchtbaren Flammenwerfern. Und 1917 sprach er sich für
die Fortnahme der Erzbecken von Boulogne und Brien aus.
Seitdem mag er umgelernt haben. Gut, daß er es heute
wagt, jeden mit Schimpf und Schande zu bewerfen, der viel-
leicht nicht entfernt so weit gegangen ist wie er; daß er sich
hinstellt und zornschäumende Beschreien gegen die Annexio-
nisten hält, zu deren einflussreichsten Führern er gehört hat,
das geht über die Hut. Nur in Deutschland darf
ein Politiker es riskieren, sich auf diese Weise selbst ins Ge-
sicht zu schlagen. Nur in Deutschland ist ein Erzberger mög-
lich, nur bei uns wird ein Gefinnungsverwandlungskünst-
ler seiner Art nicht auf der Stelle und von allen Parteien
zum Ruckel gejagt.

Gott sei Dank sind die Herren und Damen in Weimar,
die diesem Jongleur auf den Bein krochen, doch nicht das
deutsche Volk. Und nachdem Erzberger es fertig bekommen
hat, der Nationalversammlung vorzutreten, nur durch die
Lücke und Dummheit der Regierung des Dr. Michaelis seit
1917 der günstige Friedensschluß verpaßt worden, ein Friede-
schluß, der dem damals auf der Höhe seiner militäri-
schen Erfolge stehenden Deutschland ungeheure Entschädi-
gungsummen, Elah-Lothringen, und wer weiß was sonst
noch, gekostet hätte, seit diesem plumpen Täuschungsversuch
ist der Mann für das deutsche Volk erledigt. Seine Mehr-
heitsgenossen mögen ihn aus kläglichen Gründen noch zu
halten versuchen, zu retten vermögen sie ihn nicht mehr.
Daß er, der den schrecklichen Waffenstillstand abschloß, der
widerstandslos in den Nord- und Schmachfrieden hinein-
taumelte und den Widerstand entschlossener Deutscher ver-
eitelte, daß er noch die Kühnheit besaß, einen Ministerposten
anzunehmen, kennzeichnet ihn. Aber dafür wird für die
Jahrhunderte, die nach uns kommen, sein Name auch die
Verkörperung allen Elends und Jammers, aller Armstelig-
keit und Häßlichkeit dieser Zeit sein. Auf ihm wird der
Fluch der Zukunft lasten, auf seiner Halbheit und inneren
Unsicherheit, seinem halbloßen Schwanken und seinem selbst-
gefälligen schwatzhaften Nichtswort. Als Verderber
Deutschlands wird er in eine klägliche Unsterblichkeit ein-
gehen.

Rußlands wirtschaftlicher Untergang.

Die russische Sowjet-Regierung versendet durch das Infor-
mationsbüro ihres auswärtigen Volkskommisariats an alle so-
zialistischen Parteien, Zeitungen und Gewerkschaften Rundschreiben,
in denen die „wirkliche Lage“ Sowjet-Rußlands dargelegt wird.
Im ersten Rundschreiben vom 18. Juli, der die wirtschaftliche
Lage des Landes beschreibt, heißt es unter anderem: Der von den
Verbündeten geführte Krieg verhängt eine gewaltige Menge
lebenswichtiger Kräfte des Landes. Die Blockade der Verbündeten
trennt das Land von der ganzen Welt und verdammt es zu einem
Mangel an Maschinen aller Art und Industrie-Produkten, die für
ein normales wirtschaftliches Leben in unumgänglicher Form er-
forderlich sind. Jeder Arbeiter und Bauer sieht völlig klar, daß der
Siege der Gegenrevolutionäre die Lage nur ungeheuer verschlim-
mern und zu allem Unger und allen Entbehrungen die Schrecken
des weißen Terrors und der politischen und wirtschaftlichen Reak-
tion hinzufügen würde. Auf diesem ihrem Bewußtsein beruht die
gesamte Handlungsweise.
Die Einmischung des englischen Imperialismus in Tur-
kestan und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit einer Baum-
wollausfuhr

ruinieren eine Baumwollgegend.

die zu den reichsten der Welt gehört. Das Bewässerungssystem
wird sich bald in einem sehr schlechten Zustand befinden, das Be-
bauung kaum noch möglich sein wird. Ebenso ist es im Kaukasus,
wo die

Petroleum-Industrie von den Engländern ruiniert
wurde. Allein in Baku betragen die Petroleumvorräte 3 Millionen
Tonnen. Dank dem Ausfuhrverbot der Engländer verkommt es in
Massen.

Die aufs Haupt geschlagene bolschewistische Armee hat bei ihrem
Rückzug 219 Schiffe vernichtet, die auf der Kama in ihre Hände
fielen. Im Donetz-Becken haben die Weißgardisten Bergwerke unter
Wasser gesetzt.

Trotz dieser äußerst ungünstigen Umstände, trotz der barbaris-
chen Methoden der Gegenrevolutionäre, die gegen uns kämpfen,
ist die wirtschaftliche Lage von Sowjet-Rußland solide. Jede
Hoffnung, mit uns durch Verbündeten fertig zu werden, ist aus-
sichtslos. Der von den Verbündeten mit Rußland geführte Krieg
und die wirtschaftliche Sperre rufen nicht nur Rußland, sondern
allen anderen europäischen Ländern gewaltigen, unverbesserten
Schaden zu. Rußland, das vor dem Kriege dem Auslandsmarkt
bestimmte Rohstoffe lieferte, hat während des letzten Jahres

bedeutende Vorräte

dieser Stoffe angehäuft. So stehen zur Verfügung der wirtschaft-

Haben Organe der Sowjet-Macht über 200 000 Tonnen Flach und etwa 100 000 Tonnen Saaf alter Ernte. Die neue Ernte verspricht überreich zu werden u. wird für den Austausch mit dem Auslande noch größere Überschüsse ergeben.

Es sind große Mengen Leder, Pelzwaren, Hochsach und Metalle vorhanden, ohne des Holzes Erwägung zu tun, daß Europa zur Wiederherstellung der durch den Krieg vernichteten Bauten so notwendig braucht. Sowjet-Rußland glaubt fest daran, daß die Arbeiter der Entente-Länder die nötigen Mittel finden werden, um ihre Regierungen zu zwingen, die Blockade Rußlands aufzuheben und künftighin die anarchische Zerstörung der Reichsländer Rußlands und der anderen wirtschaftlich mit ihm verbündeten Länder einzustellen.

Deutsches Reich.

Geld und abermals Geld. Nach einer Mitteilung des sächsischen Landes-Arbeiter-Rates will die Reichsregierung neue große Mittel bereit stellen zwecks weiterer Fortführung der Lebensmittelverbilligung. — In der nächsten Woche soll im Reichsfinanzministerium eine Beratung der Vertreter der Einzelstaaten stattfinden zwecks Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Besoldungsreform.

Beschärfter Belagerungszustand über Chemnitz. Die seit einigen Tagen andauernden Lebensmittelunruhen in Chemnitz haben einen Charakter angenommen, — so daß am Freitag früh der verschärfte Belagerungszustand über Chemnitz verhängt und die Polizeistunde auf abends 8 Uhr festgesetzt wurde.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Dem Staatenausschuß ist der angekündigte Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren zugegangen.

Geheime Antriebe bei der Eisenbahn. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt folgende Nachricht, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen: In Erfurt hat sich im Juli ein „Mitteldeutscher Block der Eisenbahnbeamten“ aus den Bezirken Frankfurt, Kassel, Erfurt und Magdeburg gebildet zu dem Zwecke, die vollständige Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung durch einen Streik zu erzwingen. Es wird im geheimen an einer Streikorganisation gearbeitet, die bis zum 1. September loszuschlagen bereit sein soll. Schon jetzt finden regelmäßige Zusammenkünfte einer Streikleitung statt, an deren Spitze der im Juni zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt ausgesessene Rechnungsrevisor Schütze stehen soll. Es handelt sich also offenbar um eine Wiederholung der Demokratisierung nach Erfurter Muster. — Diese Gefahr wird von den deutschen Eisenbahnverwaltungen als sehr ernst angesehen. Die preussische Regierung hat sich mit dieser jüngsten Agitation für eine Lahmlegung des ganzen Eisenbahnverkehrs im Herbst eingehend beschäftigt und über Gegenmaßnahmen beraten. Vermutlich wird darüber eine Erklärung der preussischen Regierung erfolgen.

Tarifverhandlungen in der Metallindustrie. Die Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten im Reichsarbeitsministerium haben zu einer Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit einem schnellen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Ausland.

Englands finanzielle Lage. Aus London wird berichtet: Im Unterhause machte Chamberlain auf die ernste finanzielle Lage des Landes aufmerksam. Er sagte, wenn die Ausgaben nicht bedeutend vermindert werden und die Produktion zunimmt, wird das Land einem Staatsbankrott entgegengehen. Die ungünstigen Wechselkurse besprechend, erklärte er, daß das einzige Mittel dagegen eine Verminderung der Einfuhr und eine Erhöhung des Exportes nach denjenigen Ländern wäre, welche bar bezahlen können.

Die Zentralorganisation der italienischen Gewerkschaften teilt mit, daß Frankreich von Italien 150 000 Arbeiter erbeten habe, die in den Bergwerken des Saarbeckens die deutschen Bergarbeiter ersetzen sollen. Die Organisation fordert die italienischen Arbeiter auf, alle von Frankreich ausgehenden Arbeitsangebote mit dem größten Mißtrauen anzunehmen.

Die Türkei. „Matin“ meldet aus Konstantinopel, daß in der ganzen Türkei eine starke ententesindliche Propagandaaktivität eingesetzt hat. In Erzerum, Sivas und Antia hätten sich die Anhänger des Komitees Einigkeit und Fortschritt zusammengetan und erklärt, sich den Beschlüssen der Versailler Konferenz nicht fügen zu wollen.

Entente und Rumänien. Hoover hat Befehl gegeben, alle Lebensmittelsendungen nach Budapest einzustellen, da die Rumänen diese Lebensmittelsendungen aus dem Lande fortzuschaffen.

Finnland. General Mannerheim lehnte endgültig den Oberbefehl über die finnische Armee ab und beantragte, wie verlautet, einen Rückzug nach Italien. Die Regierungskrise scheint man lösen zu wollen, indem das bisherige Kabinett zu einem reinen Kabinett der Militärpartei umgewandelt wird, das bis zum Zusammentritt des Reichstages im Oktober die Geschäfte weiter führt.

China und Deutschland. Wie verlautet, soll das chinesische Abgeordnetenhause beschließen haben, den Friedenszustand zwischen China und Deutschland wieder herzustellen. Nähere Meldungen liegen nicht vor. Zur Wiederherstellung des Friedens würde jedenfalls noch die Zustimmung des Oberhauses und die Unterzeichnung durch den Präsidenten gehören. Die deutsche Regierung wird das ihrige tun, um die Angelegenheit zu beschleunigen.

Japans Stellung zur Schantung-Frage. Laut „Times“-Meldung aus Washington hat Wilson ein Schreiben des japanischen Botschafters Matino Chinda vom 30. April veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Politik Japans geht dahin, die Schantungshalbinsel in voller Unabhängigkeit an China zurückzugeben. Japan behält nur die wirtschaftlichen Vorrechte, die Deutschland eingeräumt waren und das Recht, unter den üblichen Bedingungen, Niederlassungen in Tjingtan zu errichten.

Politische Nachrichten.

Nationalversammlung. Die Gesetzentwürfe betr. außerordentliche Kriegsabgabe und Kriegsabgabe am Vermögenszuwachs wurden im allgemeinen nach den Beschlüssen des Ausschusses am Donnerstag angenommen, einige kleine Änderungen, die vom Hause angenommen wurden, konnten an der Struktur der Gesetze nichts ändern.

Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist von den preussischen Provinzialverwaltungen erneut in einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium Stellung genommen. Es wird gefordert, daß der Erwerb der Kraftwerke durch das Reich auf deren Stromlieferung die den Provinzialverwaltungen verbleibenden Verteilungsarbeiten angewiesen sind, nur erfolgen könne, wenn in dem Gesetz gleichzeitig auch die Frage dieser Stromlieferung geregelt werde. Vorgeschlagen wird, diese Regelung auf der gleichen Grundlage vorzunehmen wie den Erwerb der Kraft-

werke, s. h. auf der Grundlage der Selbstkosten. Die Provinzialverwaltungen bitten ferner, die geplante Uebertragung der Reichsbefugnisse in Bezug auf die Elektrizitätswirtschaft nicht auf die Freistaaten zu beschränken, die politische Gebilde und nicht geeignete wirtschaftliche Träger der Elektrizitätswirtschaft sein sollen, sondern auch auf die preussischen Provinzen zu erstrecken, die bereits führend in der Elektrizitätsverorgung vorgegangen sind. Um den weiteren Fortschritt dieser bereits im Fluße befindlichen und von den Provinzen mit Erfolg geleiteten Bewegung nicht zu hemmen, wird schließlich gefordert, daß zur Ausübung der für das Reich vorzulegenden Befugnisse eine gewisse Frist bestimmt wird, nach deren Ablauf die durch das Gesetz notwendige entstehende Hemmung wieder beseitigt sein möchte.

Annahme des Betriebsrätegesetzes. Der Entwurf eines Betriebsrätegesetzes ist am Donnerstag vom Reichsfinanzministerium angenommen worden. Er geht nunmehr an den Staatenausschuß und wird sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Die Arbeiterlieferung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich von maßgebender Stelle erfahre, haben die Verhandlungen, die eine deutsche Kommission mit Vertretern der französischen Regierung unter dem Vorsitz von Minister Louchour führt, bisher dahin geführt, daß beschlossen wurde, 11 Kommissionen zu bilden, denen die Regelung von Spezialfragen übergeben werden soll. Frankreich will, was sich aus der Bildung dieser Kommissionen ergibt, den Deutschen im weitesten Sinne entgegenkommen. Wahrscheinlich werden die deutschen Arbeiter die Gegend von Lens und Bailleul zum Aufbau erhalten. Frankreich will auch landwirtschaftliche Arbeiter aus Deutschland, da angeblich das Verhältnis der deutschen Kriegsgefangenen und der französischen Banern in Nordfrankreich das beste gewesen sein soll.

Keine neuen Enthüllungen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich von einem Regierungsmitglied erfahre, hat eine eingehende Besprechung der Regierung zu den Erzberger-Enthüllungen stattgefunden. Man beschloß, daß von Seiten der Regierung keine Enthüllungen mehr gemacht werden sollen. Man will sich nur darauf beschränken, die bisherigen Veröffentlichungen weitmöglichst zu verbreiten. Neue Veröffentlichungen sollen über die Frage der Schuld am Kriege erfolgen. Die Regierung denkt also nicht daran, Erzberger im Kampf gegen seine Angreifer beizustehen und wenn Erzberger, was man als bestimmt annimmt, auf die neuen Angriffe mit neuen Enthüllungen antwortet, so geschieht das lediglich von seiner Person aus.

Um Großthüringen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen über die Bildung eines thüringischen Gemeinschaftsstaates gehen in aller Vertraulichkeit weiter und sie machen gute Fortschritte, so daß schon in nächster Zeit mit der Bildung der Republik Großthüringen zu rechnen ist. Preußen kommt dabei den thüringischen Staaten weit entgegen, es will einzelne Landstriche zur Abrundung abtreten. Doch lehnt es sich entschieden gegen eine Einbeziehung von Kurhessen in Großthüringen auf. Dieser Gedanke ist neu in Erscheinung getreten und findet auch in Kurhessen Befürworter.

Der Abschied des Ministers Auer.

Der u. 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Wien wird gemeldet: Der Wegzer Rinder, der den Morde an dem Minister Auer eingestanden hat, wird von der österreichischen Regierung ausgeliefert werden.

Roter Militarismus.

Die interessanten und lehrreichen Bemühungen der Berliner Unabhängigen, Einfluß auf Herrn Noskes Freiwilligen-Regimenter zu gewinnen und gegebenenfalls zur Sicherung eines Kabinetts Haase zu benutzen, diese Anstrengungen verdienen auch heute noch größere Beachtung, als ihnen gemeinhin gezollt zu werden scheint. Welch ein Entrüstungssturm ist nicht gerade von den Unabhängigen gegen die „Pratorianer“, die „Ordnungsbestier“, die „Blut-hunde Noskes“ ausgestoßen worden, und als wie volksfeindlich und verdammenswürdig hat man nicht die neue Heresorganisation hinzustellen versucht! Vom Standpunkte des Kommunismus mit Recht. Nachdem es der November-Revolution gelungen war, unser Heer bis in den Kern zu zerstören, hatten die Roten eigentlich ihr höchstes Ziel erreicht. Nur durch Abschaffung der bewaffneten Macht, die nach ihrer Behauptung immer nur dazu da gewesen ist, das Volk zu knechten, konnte der entschiedene Sozialismus seine sogenannten Ideale durchsetzen. Sinfert sollten allein Vernunft und Einsicht das Land regieren, sollte alle Macht ausschließlich in den Händen des Proletariats liegen und das staatliche Leben sich ohne jede verhasste Beimischung von Militarismus abwickeln.

Die Herren Ebert und Scheidemann haben, als sie noch auf der Volksrednertribüne standen, genau so gedacht oder doch so denken vorgegeben. Zwar gefiel ihnen die militärische Erziehung des Deutschen insofern, als sie dadurch ganz von selbst straffe Zucht auch in ihren eigenen Reihen halten konnten; wenn die sozialdemokratische Organisation den Führern stets aufs Wort parierte, dann war es zum großen Teil mit das Verdienst des deutschen Unteroffiziers und der militärischen Grundstimmung des Gesamtvolkes. Aber zugegeben durfte das natürlich parteiunfähig nicht werden. Umso größer war die allgemeine Verblüffung, als das sozialdemokratische Ministerium sich gleich in den ersten Wochen seiner Existenz unfähig zeigte, die Ordnung ohne Schießprügel aufrecht zu erhalten. Obgleich Scheidemann damals noch die ungeheure Mehrheit der großstädtischen Arbeitererschaft hinter sich hatte, mußte er dauernd in Angst und Entsetzen vor Spartakus schweben. Eine verhältnismäßig kleine Schar entschlossener Menschen, die durch den Zugang aus Zuchthäusern und Verbrecherkellern unterstützt wurde, brachte die neue Regierung so arg ins Schwanken, daß sie um ein Haar jämmerlich zusammengebrochen wäre. Nur Noskes Festigkeit, der in steigender Eile die Freiwilligen-Truppen schuf, verhinderte den Sturz Scheidemanns. Seitdem hat sich bekanntlich die Stimmung der Arbeitererschaft grundlegend geändert. Die sogenannten Mehrheitssozialisten besitzen in der Reichshauptstadt wie auch in den anderen deutschen Großstädten längst keine Mehrheit mehr; in hellen Haufen sind ihre früheren Anhänger zu den Unabhängigen und den Kommunisten übergegangen. Tatsächlich wäre Scheidemann und Bauer, als Ministerpräsidenten ohne die Freiwilligen heute keine Stunde lang möglich.

Ähnlich wie ihnen ist es ihrem Kollegen Hoffmann in München ergangen; wie ja auch Grabnauer in Dresden reichlich die entsprechenden Erfahrungen gesammelt hat. Gegen sie erhob sich ebenfalls das souveräne Volk, das früher blindlings hinter ihnen hergetrottet war. Und da besonders Herr Hoffmann nicht rechtzeitig für soldatischen Schutz gesorgt hatte, so mußte er Hals über Kopf vor den

Münchener Landfremden fliehen. Es rächte sich an ihm heute veraltete Auffassung, daß eine sozialdemokratische Regierung ohne Soldaten bestehen könne. Monatelang er das Messer gefast, um die Freiwilligenbewegung in Bayern zu stören, und schließlich hatte er sie überaus leicht verboten. Die Freischar Esp, von der ihm später die Unterstützung kam, mußte sich außerhalb der bayerischen Grenze zusammensuchen. Und wenn nicht Noske und die Kämpfer gewesen wäre, die in Verbindung mit Esp heute die Weimern, Leine, Toller und Spitzg-fellen blutigen Verbrechen treiben.

Und nun ist es sehr faszinierend feststellen zu müssen, die Freiwilligen-Regimenter, die Netter der mehrheitlich städtischen Gesellschaft in Deutschland, nur zum allergeringsten Teil aus sozialistischen Kreisen hervorgegangen sind. Unabhängigen, die unsere Freiwilligen als Bourgeois-Sproßlinge und dergleichen bezeichnen, haben an sich recht nicht; zahllose Studierende und andere Angehörige bürgerlicher Schichten bilden den Kern der Regimenter. Als militärisch im alten Sinne müssen jedenfalls die Führer der Freiwilligen angesehen werden. Es sind durchwegs dienste Offiziere. So ergibt sich denn die besprechenswerte Tatsache, daß die mehrheitlich sozialdemokratische Gesellschaft des Endes nur von Gnaden des Bürgerturns erbetert und Bauer haben heute unbedingt die Masse des Letariats, wenigstens die bewegungsfreudige Masse, sich, und heute noch weniger als vor vier Monaten, als das sozialistische Volk bereit, für seine Regierung einzutreten. Hier liegt die bedenkliche, vielleicht lebensgefährliche Schwäche der neuen Revolutions-Regierung. Sie pröfieren von der klaren bürgerlichen Erkenntnis, daß alles das und früher gehen würde, wenn nicht ein paar hundert send Bewaffnete Ordnung halten, und sie profitieren von der Waffenfreudigkeit der alten Offiziere und des bürgerlichen Jungvolkes. Ein Recht auf ihre Unterstützung ist nicht. Denn politisch steht sie eigentlich in schroffem Gegensatz zu denen, unter deren Fittichen sie sich schützig bürdet. Ihr steht nur die eine Ausrede und Entschuldigung zur Seite, daß die um Haase, die listern Orden Macht, genau so verfahren wollen, wie sie selbst.

Es steckt ungemein viel Komik in diesen Vorgängen. Tatsachen. Es liegen aber auch viele Lehren für unsere Zukunft darin. Das deutsche Volk will die Aufstellung Zuchtlosigkeit nicht und bietet jedem seine Unterstützung der dem Chaos wenigstens von heute auf morgen zu vermag. Kommt der richtige Mann, der imstande ist, Ordnung wirklich und dauernd wieder herzustellen, braucht er um entschlossene Anhängerschaft wahrlich nicht sorgt sein.

Funkverkehr Deutschland - Amerika

Von amtlicher Seite wird berichtet: Der direkte Funkverkehr zwischen Deutschland und Vereinigten Staaten wird infolge der auf der dem Großfunkstelle Nauener funktelegraphisch von der amerikanischen Funkstelle Belmar eingelaufenen Anfrage: „Sie bereit, Geschäftstelegramme aus den Vereinigten Staaten für Deutschland anzunehmen“, und der von der Seite unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit erfolgten Zustimmung jetzt wieder eröffnet werden.

Als bei Kriegsausbruch im August 1914 die dem Kabel von England zerschnitten und damit Deutschland direkten überseeischen Telegraphenverkehr abgebrochen war, mußte die Funktelegraphie einspringen. Es wurde sofort Funkverbindung mit den Vereinigten Staaten aufgenommen. Ferner hatte die Reichstelegraphenverwaltung schon seit Jahren die Errichtung eines deutschen Funknetzes vorbereitet, das ebenfalls bei Kriegsausbruch große Bedeutung erlangte. Es bestand die Funkverbindungen: Nauener-Logo-Mamerun-Südwestafrika sowie die Verbindungen: Nauener-Togo-Liberia und von dort mittels deutsch-südamerikanischen Kabels nach Brasilien. Ferner war eine Funkverbindung geschaffen zwischen den Schutzgebieten im fernsten zwischen Tjingtan-Jap-Nauru (Phosphatinsel) - Esp.

Alle diese Verbindungen haben bis zu ihrer Wiederrichtung durch den Gegner technisch Hervorragendes geleistet. Erwartungen weit übertrifften, die bei der Durchführung dieses großartigen Nachrichtennetzes gehegt wurden. Sonders haben die deutsch-amerikanischen Funkverbindungen Nauener-Cayville und Elwest-Tuderton der deutschen amerikanischen Handelswelt, sowie der Presse beider Länder bis zu dem Abbruch der Beziehungen im April 1917 Dienste geleistet.

Der deutsche Technik ist hiermit tatsächlich die Bindung der Entfernung gelungen und es ist nur der Gerechtigkeit, wenn wir jetzt nach erfolgtem Abschluß die dem Lande während des Krieges geleistete Dienste dankbar hervorheben.

Der uns aufgezwungene Friedensvertrag hat Deutschland seines Kabelnetzes beraubt, ein Akt brutaler Gewalt, wenn man bedenkt, daß es sich nicht um Regierungskabeln, sondern um Privatbesitz handelt. Besonders schwer trifft die Fortnahme der beiden Amerikakabel, in die sich England und Frankreich geteilt haben. Unser Kabelverkehr mit Vereinigten Staaten muß jetzt über England geleitet werden und es ist unverstänlich, wie die Vertreter Englands in eine Maßnahme einwilligen konnten, die den amerikanischen Handel ebenso schwer trifft, wie den deutschen. Amerikanische und deutsche Konfluente Kreunen darauf, miteinander in telegraphischen Verkehr zu treten. Da nun nun eröffnete Funkverkehr in die Breche springen kann, das Kabel nicht erliegen und die Tatsache bestehen, daß das Wiederaufleben der amerikanisch-deutschen Handelsbeziehungen durch die Versailler Entscheidung schwer behindert wird.

Vermischtes.

Unterdrückung von Spekulationen in Weizen. Die deutsche Regierung wird die von ihr aufgekauften Weizenmarktpreise verkaufen. Spekulationen und Unterhandlungen nicht gebildet werden.

Der direkte Verkehr zwischen Berlin und Wien wieder aufgenommen worden. Von gestern ab wieder Schnellzug nach Wien durchgeföhrt. Schnellzug D. 101 von Potsdamer Bahnhof um 9,51 abends ab, er trifft Wien um 9,52 abends ab und trifft um 9,19 vormittags Berlin auf dem Potsdamer Bahnhof ein.

Ein französisches Urteil über Polens politische Reise. Ein bekannter französischer sozialdemokratischer Autor, der längere Zeit in Warschau weilte, äußerte ein Urteil über die politische Reise des Polen. „An Polen sind Anhänger der Allierten, aber das sind Anarchisten, es gibt auch Liberale, aber das sind Germanophile. Es gibt Sozialdemokraten, aber das sind Anarchisten. Es gibt Warschau wenige Menschen, mit denen man sich über politische Dinge im Ernst unterhalten kann.“ Im ganzen findet man dort noch immer den versteinerten konservativen Konservatismus auf der einen, die bekannte „Anarchie“ auf der anderen Seite, beständig die bekannte schauer Wochenchrift „Liberum veto“.

Ueber die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen liebenswürdigen Aufmerksamkeiten haben wir uns sehr gefreut und sagen hierfür unsern verbindlichsten Dank.

H. Danowski und Frau
Lotte geb. Kühne.

Am 6. d. Mts. erlöst ein sanfter Tod unsern herzlichsten Bruder, Schwager und Onkel, den

Ober-Postsekretär a. D.

Paul Schmah

von seinen langen, mit rührender Geduld getragenen schweren Leiden.

Neu-Lichtenberg bei Berlin und Köslin,
den 9. August 1919.

Georg Schmah, Ober-Bahnassistent,
Richard Schmah, Vize-Postdirektor.

Auf Wunsch des Entschlafenen hat die Beisetzung in aller Stille heute stattgefunden. Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.

Stadtverordneten-Sitzung

am Dienstag, dem 12. d. Mts., nachmittags 5 Uhr.
Tagesordnung:

1. Wahl eines Bezirksvorstehers.
2. Erlass einer Satzung über die Erhebung von Zuschlägen zur Reichs- und Kreisverwaltungssteuer.
3. Bewilligung weiterer Mittel zum Bau von Kleinwohnungen.
4. desgleichen zum Bau von Wohnbaracken.
5. Genehmigung der Bedingungen für den Verkauf von städtischen Bauparzellen.
6. Neupflasterung der Mühlen- und Hohentorstraße.
7. Verzichtleistung bezw. Ausübung von Vorkaufsrechten.
8. Ankauf des Bloßdorff'schen Grundstücks, Böttcherstraße.
9. Gewährung von Wirtschaftsbefreiungen an Lehrpersonen.
10. Abänderung der Befoldungsordnung für die Lehrer.
11. Vermehrung der Polizeireferendarstellen.
12. Regelung der Gehaltsverhältnisse des Schlachthofdirektors.
13. Beschlußfassung über Abänderung der Kommunalsteuerzuschläge. (Notgesetz vom 4. 6. d. Js.)
14. Nochmalige Beschlußfassung betr. Waldjagdverpachtung.
15. Beitritt zum deutschen Volksbundesbund.
16. Bewilligung eines Beitrages für die Gesellschaft für soziales Recht.
17. Ankauf eines Kraftwagens.
18. Gewährung einer Beihilfe für Beschaffung von Turngeräten.
19. Bestellung von Fachzeitschriften für Stadtverordnete.
20. Besprechung der Angelegenheit bezgl. Metallarbeiterstreik.
21. desgl. über Vergebung der Arbeiten zu den Siedlungshäusern.
22. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:
 - a) Versammlung wolle beschließen, daß die Sitzungsgelder in voller Höhe sowohl den Bürgerdeputierten als auch den unbefoldeten Magistratsmitgliedern gewährt werden.
 - b) Anfrage: Bestätigt es sich, daß die hiesige Polizei durch Militär verstärkt werden soll?
23. Zur Kenntnisnahme.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer,
Parysch.

Anordnung

über Maßnahmen über den Wohnungsmangel.

Auf Grund der §§ 1 und 9 der Bekanntmachung des Reichsfinanzministers über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918, R. G. Bl. Seite 1143 usw., wird mit Ermächtigung des Staatskommissars für das Wohnungswesen hiermit folgendes angeordnet:

§ 1.
Sämtliche Hausbesitzer, bezw. deren Stellvertreter, haben jede Wohnung innerhalb 3 Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termine frei wird, dem Magistrat (Wohnungsnachweis) anzuzeigen.

§ 2.
Die Bestimmung im § 3 unserer Anordnung über den Wohnungsmangel vom 17. Mai d. Js., wonach nur mit Zustimmung des Miet-Einigungs-Amtes vermietet werden darf, wird hiermit auch ausgebeht auf die Zeit vom 15. Oktober 1919 bis 15. Januar 1920.

§ 3.
Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Köslin, den 28. Juli 1919.

Der Magistrat.

Dr. Pusch. Paulmann.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Brot- und Butterkarten für die nächsten vier Wochen, der Kinder- und Zweibrotkarten für September 1919 (die Zuckerkarten für Kinder für September befinden sich auf den Kinderkarten) sowie besonderer Lebensmittelkarten für Auslandswaren, findet in der Mädchenturnhalle wie folgt statt:

Am Dienstag, dem 12. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 1 und 2,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 4 und 9,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 12 und 19.

Am Mittwoch, dem 13. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 5 und 6,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 7 und 11,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 10 und 16.

Am Donnerstag, dem 14. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 15a und 16a,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 19a und 20,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 21 und 22.

Am Freitag, dem 15. d. Mts.,
von 7,30 bis 10,30 Uhr für die Bezirke 8 und 15,
von 10,30 bis 2 Uhr für die Bezirke 17 und 18.

Am Sonnabend, dem 16. d. Mts.,
von 7,30 bis 10,30 Uhr für die Bezirke 3 und 13,
von 10,30 bis 2 Uhr für die Bezirke 1a, 14 und für die roten Fremdenarten.

Die Brotausweisarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Der Umtausch der Karten für Kranke gegen Vorzeigung der Ausweisarten findet gleichzeitig durch Beauftragte des hiesigen Kreis-Auswiseschusses statt.

Für Kinder von 2-4 Jahren sind lediglich Roggenbrotkarten zuständig, jedoch mit Zuckerausschnitt.

Auf Lebensmittelkarten für Auslandswaren haben Selbstverpächter keinen Anspruch.

Sämtliche Karten sind beim Empfang sofort nachzuzählen. Spätere Reklamationen finden keine Berücksichtigung.

Köslin, den 8. August 1919.

Der Magistrat.

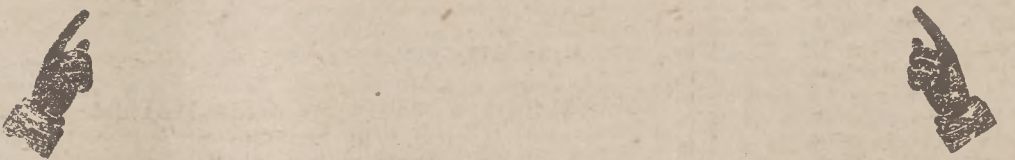


Außenbeamte gesucht!

Die Versicherungs-Gesellschaft Thuringia Erfurt

sucht für Akquisition und Organisation in ihrer Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Abteilung für die Pommernbezirke Außenbeamte einzustellen. Neben auskömmlichem Gehalt werden Reisekosten gewährt. Bei zufriedenstellenden Leistungen dauernde Stellung und Aussicht auf Pensionsberechtigung. Gewandte Herren - auch Nichtfachleute - von energischem, sicherem Auftreten wollen Angebote mit Empfehlungen und Angabe der bisherigen Tätigkeit einsenden an

General-Agentur Thuringia-Stettin, Pötkerstr. 87.



Bekanntmachung.

Der Kokspreis ist von heute ab auf 4.80 Mark für 1 Hektoltr. ab Hof Gasanstalt festgesetzt worden.

Köslin, den 9. August 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf die der vorliegenden Nummer dieser Zeitung beigelegten Ratschläge, betreffend Haltbarmachung des Gemüses wird hierdurch noch besonders hingewiesen.

Köslin, den 1. August 1919.

Der Magistrat.

Habe meine

tierärztliche Praxis eröffnet.

Dr. med. vet. Habeck,

Tierarzt in Kordeshagen.

Wohnung und Telefon im Postgebäude.

Schülerheim Dr. Reusse.

Vorbereitungsanstalt für Schüler und Erwachsene.
Neuaufnahmen nach den Ferien in allen Kursen.

Sprungfedern

für Matratzen und Polstermöbel
: in allen Stärken lieferbar :

Gustav Zeck, Stolp.

1 Stock-Motorpflug

Type PV mit 50/60 Pf.-St.-Motor,

mit Vor- und Rückwärtsgang, sowie motorische Tiefeneinstellung der Schare, betriebsfertig, durchrepariert mit pflugfertigem Zubehör, zum billigen Preise von Mark 31.000.- zu verkaufen.

Arthur Jahn-Stolp in Pommern,

Landwirtschaftliche Maschinen, Oele, Fette.

Wallstraße 1.

Fernruf 215.

Karlruher

Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1700 Mill. Mark.
Leistungen für Kriegsterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.

Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Auskunft erteilt:

Bezirksvertreter: Martin Bauer, Köslin, Rosenstr. 17,
Vertreter: Johs. Nachtigall, Köslin, Bahnhofstr. 5.

Tabak

(rein) 100 Gr. Paket 4 Mt., Abgabe nicht unter 10 Pa. Alle Artikel f. Zucht, Samen, Pflanz., Anleit. z. Ernten u. Verarb., Entf. d. beß. Geschmacks, Zig., Rautab.-machen usw. Spezialität: Belze. Katalog frei. Spezialhaus für Klein-Tabak-Zucht in Godesberg a. Rhein.

Konkursverfahren

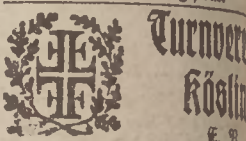
In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Neuen Pommerschen Verwertungsgesellschaft für landwirtschaftliche und gärtnerische Erzeugnisse zu Köslin, e. V., in Liquidation zu Köslin, zur Prüfung der nachgelagerten gemeldeten Forderungen ist auf den 13. September 1919 mittags 10 Uhr, vor dem Gericht in Köslin, Zimmer 1, anberaumt.

Köslin, den 5. August 1919.
Der Amtsgericht.

Briftverteilung

Am Montag, den 11. d. Mts., von 8 bis 10 Uhr Neuentwurf von 10 bis 11 Uhr Neuentwurf Stadt-Ausbau.

Köslin, den 9. August 1919.
Der Magistrat.



Turnstunden
Sonntag früh 8 Uhr auf dem Platz beim Gollenturm.
Der Turnverein.

Freibank.

Montag, den 11. ds. Mts., von 1/29 bis 10 Uhr Abgabe an Nr. 1 bis 400.

Die Schlachthofdirektion.

Kleine Landwirtschaft

zu kaufen oder pachten gesucht. Offerten unter E. 437 an Kösliner Volksblatt erbeten.

Stadtheater Köslin, Grünstraße.

Heute Sonnabend, den 9. August 1919, abends 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

„Die Königin der Luft“.

Operette in 3 Akten von Max Reimann und Otto Schwarz.
Kapelle: Städtisches Orchester.

Dienstag, den 12. August 1919:

Gastspiel Max Friedrich vom Stadttheater Königsberg als Gast.

„Gespenster“.

Familien-drama in 3 Akten von Henrik Ibsen.
Vorverkauf: Otto Grünthal, Markt.

Hansa-Lloyd



Motor-Pflüge

HANSA-LOYD WERKE & BREMEN

Ogleich wir noch zahlreiche Bestellungen auf

Hansa-Lloyd-Motorpflüge

gekauft haben, könnten wir jetzt noch einige Aufträge zur Lieferung annehmen.

Zahlreiche glänzende Zeugnisse stehen Reflektanten zur Verfügung. Herr Rittergutsbesitzer Major Siemers, der beurteilt den im vergangenen Sommer gelieferten Trecker wie folgt:

„Der von den Bremer Hanja-Lloyd-Werken im Jahre 1918 bezogene Hanja-Lloyd-Motorpflug mit 10- und 12-PS-Motor hat in allen Teilen seiner Arbeit sich als leichter wie auf schweren Böden, bei Steigungen und Gefällen, bei Düng- und fuhhoher Serabellumterbringung selbst bei 3-4 Grad Frost allen Anforderungen in der Weise genügt und die von der Firma übernommene Leistung bezuglich Leistungen usw. erfüllt. Die Anwendungsmöglichkeit des Motorpfluges auf geringster Fläche das Auswerfen selbst mittelgroßer Steine und die Vorleistung durch Hinübergleiten des Pflugkörpers große Steine zulegen, seien besonders erwähnt. Material und Konstruktion des Pfluges, auf solide und adernwirtschaftliche fache Grundlage gestellt, haben trotz ununterbrochener rauer lofer Anforderung an den Motorpflug weder Abnutzung noch Reparaturen, welche der Gutschmied nicht hätte führen können, erfordert.“

Die der Gesamtwirtschaft und den Aderpferden durch rechtzeitige und unterstützende Bodenbearbeitung geleistete Hilfe ist so wertvoll, daß ich den Motorpflug in der Form eines zuverlässigen, interessierten Pflugführers, dessen Leistung noch nicht 3 Tage erforderte, bei einer über Lob erhabene Pflugfurcher“ von 3, 8 und 11 Zoll nicht mehr missen möchte.

Kostenanschläge sendenden auf Wunsch die für Pommern und Mecklenburg-Strelitz, sowie die Kreise Dirsch-Rone, Gollschlow, Romig und Luchel zuständigen Generalvertreter.

Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik
Aktien-Gesellschaft,
Stettin, Stralsund, Barth, Neubrandenburg

Stellen Mittwoch, den 13. August
große pommersche Gänse
auf dem Viehmarkt zum Verkauf.

Schulz, Pieper

Die Mitarbeit der Frauen in der öffentlichen sozialen Hinterbliebenenfürsorge.

Die Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigten-Fürsorge gehört zu denjenigen Verwaltungsgebieten, die neben der eigentlichen Verwaltungsarbeit, der organisatorischen und bürokratischen Bearbeitung ihrer Fragen eine umfassende sozialpflegerische Tätigkeit einschließen. Neben den fest normierten Rentenfällen soll eine öffentliche Hilfe eintreten, die sich eng an das individuelle Bedürfnis des einzelnen anschließt. Wenn auf irgend einem Gebiet die sorgfältig individualisierende Beurteilung und Behandlung des einzelnen Falles notwendig ist, so ist das hier der Fall. Bei genauer und sorgfältiger Erwägung im Einzelfall muß doch mit viel sozialem Takt verfahren werden, daß die Hilfe den Charakter der Wohltätigkeit annimmt, oder daß der Bedürftige sich bevorzugt und beachtet fühlt.

Diese individualisierende Fürsorge ist — das wird in der gesamten Wohlfahrtspflege mehr und mehr anerkannt — in besonderen Frauenhand, um so mehr noch hier, wo es sich in weitgehendem Maße um die Angelegenheiten von Frauen und Kindern handelt. In der Hinterbliebenenfürsorge fast ganz, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sofern sie Familienfürsorge ist und sofern die Hilfeleistung nicht dem allein stehenden Mann, sondern dem Mann als Familienvater zuteil wird.

Wer sich in einzelnen die Tätigkeit klar macht, die in dieser Familienfürsorge geübt wird, der wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß vieles davon vom Manne vielleicht bürokratisch, atemlos erledigt, mit warmem Leben aber nur von der Frau erfüllt werden kann. Da handelt es sich um die Versorgung und Beratung von Witwen und Waisen, oder etwa in der Familie eines Kriegsbeschädigten um eine für die Mutter zu findende Berufstätigkeit, um Wohn- und Schlafverhältnisse, um die Zuführung kranker Frauen und Kinder in ärztliche Behandlung oder Erholungsanstalten. Oder es gilt den Versuch, unwirtschaftliche Frauen und fähig gefährdete Frauen und Kinder durch stete Ueberwachung und Beratung in geordnete Lebensverhältnisse zurückzuführen. Alles das kann nur von Frauen für Frauen geleistet werden. Es liegt auch auf der Hand, daß die Zusammenhänge zwischen einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Mütter und der ganzen Gestaltung des Familienlebens nur von Frauen ganz beurteilt werden können, daß auch nur ihnen gegenüber die Scheu schwinden kann, die häuslichen Verhältnisse mit all ihren drückenden Mängeln zu offenbaren, denn das damit bewiesene Vertrauen setzt die Möglichkeit einer vollen Einfühlung in die hier in Betracht kommenden Verhältnisse, eines unmittelbaren Verständnisses voraus. Wenn auch der männliche Einfluß in der Familienfürsorge nicht ausgeschlossen werden soll, wenn der Mann da am Platze ist, wo es sich etwa um verwickelte rechtliche Regelungen, auch um Miet- und Schuldverhältnisse handelt oder um Berufs- und Erziehungsangelegenheiten von Knaben, so bleiben solche Fälle hinter der Reihe weiblicher Aufgaben in der Familienfürsorge doch weit zurück. Und eben weil das so ist, weil es sich in der Hauptsache darum handelt, der Eigenart der einzelnen und der gesamten Notlage der von den Folgen des Krieges betroffenen Frauen Rechnung zu tragen, ist die Leitung und Gestaltung des ganzen sozialpflegerischen Gebietes in Frauenhände zu legen. Das heißt, die selbständige Mitarbeit der Frauen in der Hinterbliebenenfürsorge und der Familienfürsorge der Kriegsbeschädigten muß unter allen Umständen gesichert werden. Das Reichsarbeitsamt hat diesem Prinzip auch durchaus Rechnung getragen durch die Bestellung eines weiblichen Referenten für die Angelegenheiten der Hinterbliebenenfürsorge, und zwar mit auf Verlangen der Frauen der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung.

Die selbständige Mitarbeit der Frauen muß gesichert werden. Die Kräfte, in deren Händen die sozialpflegerische Behandlung der Fälle liegt und deren Aufgabe darin besteht, die sozialen Momente der Fürsorge zur Geltung zu bringen, können und dürfen nicht abhängig gemacht werden von Entscheidungen, die jemand trifft, der diese besonderen Aufgaben nicht hat. Es würde dem Sinn der sozialpflegerischen Arbeit verstoßen, wenn sie nicht ihre Gesichtspunkte und Erfahrungen bei den endgültigen Entscheidungen in voller Unabhängigkeit zur Geltung bringen könnten. Gerade das hat prinzipielle Bedeutung, denn auch noch bei an-

deren sozialen Verwaltungszweigen handelt es sich ja nicht nur um die Mitwirkung der Frauen im allgemeinen, sondern auch um die Frage, wie die sozialpflegerischen neben den bürokratischen Kräften eingeordnet werden sollen. In all diesen Verwaltungszweigen entsteht das selbe Problem, daß gleichsam ein doppelter Apparat vorhanden ist, der bürokratische und der sozialpflegerische, und überall kann sich die Arbeit nur dann frei entfalten, wenn es vermieden wird, daß die Träger der eigentlichen sozialen Arbeit in irgend eine prinzipielle Abhängigkeit von den bürokratischen Verwaltungskräften gebracht werden.

Helene Lange.

Eine ernste Sorge.

Mit einer Frage von ungeheurer Ernste müssen wir uns notwendigerweise mehr als es bisher der Fall war, befassen. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die uns alle restlos angeht. Wir stehen nämlich vor einer geradezu katastrophalen Lage hinsichtlich der Versorgung unserer Bevölkerung mit Kohlen für den nächsten Winter.

Nur volle Klarheit und nur eine durchaus offene Aussprache über diese Dinge kann nützen. Ueber diese Dinge wird in aller nächster Zeit in der Nationalversammlung eingehend gesprochen werden müssen. Die Reichsregierung hat sich schon auf das eingehendste mit den betreffenden Maßnahmen befaßt, aber wir sehen in dieser Angelegenheit mit fast völlig gebundenen Händen da. Es ist bekannt, daß wir durch den Verfall der Friedensverträge gezwungen wurden, den Ententeländern ungeheure Mengen deutscher Kohlen zu liefern. Von der Erfüllung dieser Verpflichtung hängt ungewiss viel ab. Die Ausführung dieser Bedingung wird zum Maßstab für die Bereitschaft und den Willen Deutschlands und der Reichsregierung zur ehrliehen Erfüllung der Friedensbedingungen genommen werden.

Dabei ist insbesondere folgendes zu beachten: Englands Industrie hungert nach Kohlen. Die englischen Bergarbeiter aber befinden sich in starken sozialen Unruhen; es kamen namentlich in Mittelland in letzter Zeit gewaltige Arbeitslosigkeit vor. Die Kohlenförderung Englands ist in ebenso erschreckendem Umfange zurückgegangen wie die deutsche Kohlenförderung. Diese Entwicklung des produktiven Rückganges finden wir übrigens in allen Ländern. In Verbindung mit der durch die Hungerblockade und den langen Krieg geschwächten Arbeitskraft der deutschen Arbeiter einerseits, der ständigen Streikunruhen und den fortwährend wachsenden Lohnforderungen andererseits ist auch bei uns in Deutschland eine Notlage eingetreten, die von unerhörter Schwere zu werden droht, um so mehr, als allem Anschein nach der nächste Winter von besonderer Härte sein wird. Die Kohle ist das Brot der Industrie. Die Industrie wiederum vermittelt die Arbeitsgelegenheiten. Diese ist aber dazu nicht in der Lage, wenn sie keine Vertriebsstoffe hat. Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig bei uns immer noch von einem erschreckenden Umfang, sie wird aber mit der Rückkehr der 800 000 Kriegsgefangenen noch gewaltig verhäuft. Daß diese Rückkehr nun gerade mit dem Eintritt der kalten Witterung zusammenfällt, ist von besonders tiefgreifender Wirkung. Wir sehen also Gefahrenquellen schlimmster Art und es ist höchste Zeit, daß alle beruflichen Faktoren der Öffentlichkeit sich mit diesen Dingen so nachdrücklich wie nur möglich beschäftigen. Das Gewissen der Öffentlichkeit muß ständig angereizt werden, denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß durch Hunger und Kälte unzufrieden gewordene Massen die Sturmtruppen für die Radikalen und Bolschewisten abgeben. Diese haben noch lange nicht ihre Pläne auf Gewinnung der politischen Macht aufgegeben, sie hoffen vielmehr gerade jetzt darauf, diese in die Tat umzusetzen.

Darum ist die Kohlenfrage nach ihrem heutigen Stande geradezu eine Frage der Staatsraison, von deren Lösung Ruhe, Sicherheit und Ordnung unseres Landes und damit Wiederaufbau und Aufstiegsmöglichkeit abhängt.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langsamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die

Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handle sich bei der Verbindlichkeitserklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unwirtschaftliche Handhabung die bedeutendsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen Rücksicht, was in ihrem berechtigten Interesse als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufskreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der an Vertragsschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Wirtschaftszweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht absehbaren

Einwendungen auf ihre Berechnung prüfen.

Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen verträglichsten Stellen gehörend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichst weitestgehende Berücksichtigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.
2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.
3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.
4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen und Ergänzungen beigelegt werden. Die Beilegung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.
5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. amtliche Nachrechnungen von Gemeindebehörden, Handelskammern, oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitglieberverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Michaelis gegen Erzberger.

Nochmals der sogenannte englische Friedensföhler.

Berlin, 7. August.

Ueber den englischen Friedensföhler veröffentlicht die „Post-Zeitung“ eine ihr von dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesen gegebene Darstellung, die in ihrem sachlichen Teil folgendermaßen lautet:

Am 5. September 1917 ging in Berlin das Schreiben des apostolischen Nuntius in München an den Reichskanzler ein, das auf Grund einer in Abschrift beiliegenden Mitteilung der britischen Regierung an den britischen Gesandten beim Vatikan der kaiserlichen Regierung eine Erklärung über ihre Absichten bezüglich Belgiens nahelegte und dabei als Ueberzeugung des Kardinal-Staatssekretärs ausgesprochen, daß durch eine befriedigende Erklärung ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde.

Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Nuntius eingehend besprach, der Meinung, daß, angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinal-Staatssekretärs zwar die starke Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensföhlers vorliege, daß jedoch aus dem von dem Nuntius mitgeteilten Text der Mitteilung des Reichs Office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich

Für unsere Frauen.

Eine zeitgemäße Warnung: Die Ginnmachzeit ist gekommen. Durch die während des Krieges erfolgliche Beschlagnahme der Kupfer- und Messingessel sind vielfach verzinnte Eisenessel in Benutzung gekommen. Diese sind aber zum Einweichen von Gemüse und Obst durchaus ungeeignet, denn Zink ist für Mensch und Tier eine giftige Substanz. Zink löst sich schon in der schwächsten Säure, im Kochsalzwasser auf, teilt sich den Nahrungsmitteln und Genußmitteln mit und erzeugt schwere Vergiftungszustände. Unsere Hausfrauen seien also hiermit vor dem Einweichen von Gemüse und Obst in verzinnten Eisenessel gewarnt. Auch bei Verwendung von Kupfer und Messingessel ist größte Vorsicht zu üben, denn sie können eine Kupfervergiftung verursachen. Kupfergeschirre müssen gut verzinkt sein. Allein auch bei solchen ist größte Vorsicht geboten, denn ein gut verzinkter Kupferessel, der täglich gebraucht und nicht so häufig ausgetauscht wird, kann nur zwei Monate lang vor Kupfervergiftung schützen. Zu beachten ist auch, daß niemals essigsaure oder auch zuckerhaltige, also gärungsfähige Speisen nach dem Kochen eine Zeitlang in Kupfergeschirren stehen bleiben und in ihm erkalten dürfen, denn es bildet sich sehr leicht der giftige Grünspan.

Praktische Winke.

Silber und Nickel viel zu puhen, ist durchaus nicht ratsam. Man reibe dasselbe nur regelmäßig alle acht Tage mit einem weichen, wollenen Tuch, Ledertuch oder einem Sammetlappen ab. Nur falls es sehr angelaufen ist, wird es mit einer Lösung von etwas Spiritus und feinem Silberpulver, das man breita verreibt, bestreichen und tüchtig abreiben, worauf man mit dem sonstigen Silbertuch wieder gut nachreibt, damit es sich blank hält. Es wird immer so gepflegt, tadellos ausfallen und nicht Schaden leiden. Silberne Gebilde, Nickelschüsselchen, Kannen und so weiter bleiben stets tadellos und blank, wenn sie nicht im fettigen Ab-

wasswasser mit anderem Geschirz gewaschen, sondern extra am besten mit einer weichen Bürste und etwas Seife abgetrocknet und einem Silbertuch, wie oben beschrieben, abgerieben werden.

Einen guten, haltbaren Saft erhält man am besten, indem die Früchte durch heißen Dampf ausgezogen werden, und der Saft gleichzeitig feimfrei gemacht wird. Es gibt sehr gute, aber teure Saft-Apparate; aber man kann sich selbst dergleichen herstellen, indem man einen großen Zentopf nimmt, der in einem entsprechend großen Kochtopf hineingepaßt. Den Zentopf stellt man auf einen Drahtunterfuß, umgebenen Blech der Emailleteller oder dergleichen, damit der Zentopf nicht platzt. In den Zentopf hängt man nun einen Durchschlag, legt ein sauberes Tuch darauf und füllt man die Früchte schichtweise mit ein wenig Zucker ein, schlägt dann die Enden des Tuch darüber, sodaß die Früchte bedeckt sind. In den Kochtopf füllt man handbreit hoch Wasser, deckt nun einen Deckel fest darauf und stellt das Ganze aufs Feuer. Wenn das Wasser kocht, rechnet man 1½–2 Stunden; dann hat man einen prachtvollen klaren Saft; der nun in Flaschen gefüllt wird und sich trotz seines geringen Zuckergehaltes, da er feimfrei ist, tadellos hält. Die Restbestände der Früchte sind mit frischem Obst gemischt sehr gut zur Marmelade verwendbar.

Da das Beerenobst so außerordentlich hoch im Preise ist und der Zuckermangel größer denn je, wird man davon nicht allzuviel Marmelade einfischen können. Es empfiehlt sich aber doch auch ohne oder mit geringen Zuckermengen etwas Vorrat zu schaffen, wenn man mit „Ginnmachhilfe“ sehr gut haltbar machen kann. Vorratstücker wird ein gutes Birnenjahr sein und scheint die Sonne noch ein bißchen, daß sie schön reif und süß werden, ist dies gerade eine Frucht, die zum Vermischen und Süßen von Marmelade sehr geeignet ist. Auch die süße Kirche ist gut dazu, und wer einen Vorrat städtischer Marmelade hat, kann diese einfach als Zucker verwenden.

Ein sehr gutes Fastengericht mit Kirichen sind Kirichschinken. Ein Pfund Mehl, einige gekochte, geriebene Kartoffeln, 2 Eier, Zucker, Prise Salz; nußarobes Stückchen Butter, etwas Milch, werden auf durchgemischt; zum Schluß ein Backpulver hinzugegeben. Dann wird der Teig auf bemehltem Brett ausgerollt. Man schneidet Dreiecke daraus und legt in die Mitte ausgeteinte, etwas eingezuckerte Kirichen. Schlägt die drei Ecken übereinander zusammen und läßt auf einem warmen Platz die Reichen etwas

stehen. Dann werden sie in kochendes Wasser gelegt, worin sie wie Klöße schwimmen. Wenn sie gar sind, richtet man sie beifällig auf einer Schüssel an und bezieht sie nach Belieben mit brauner Butter, nachdem sie mit Zucker und Zimmet ein wenig bestreut wurden. Man kann diese Reichen auch auf einem Brett als Gebäck im warmen Ofen goldbraun backen.

Einen sehr guten Fleisch-Ertrag haben wir jetzt in den Pilzen, und ich werde in der nächsten Haushaltsplauderei verschiedene Pilzgerichte beschreiben.

Pilze mit Graupen sind ein nahrhaftes, wohlschmeckendes und auch billiges Gericht, besonders für den, der die Pilze selbst sucht. Die Graupen werden über Nacht eingeweicht, kalt aufgesetzt, bis zum Kochen gebracht und dann abgeseiht; dieses wird 1–2 Mal wiederholt. Dann werden sie mit warmem Wasser aufgesetzt, oder wenn vorrätig, mit Knochenbrühe. Man tut Salz, eine Zwiebel, in die man zwei Nelken steckt und etwas Fett hinzu, und läßt dann schön langsam, zum Beispiel in der Kochkiste, quellen. Die Pilze werden tüchtig gewaschen, gereinigt, in Salzwasser abgekocht, oder in etwas Fett mit einer kleinen, gewiegten Zwiebel, weich gedämpft. Etwas Mehl quirlt man mit Wasser an und aiekt es hinzu, sodaß eine sämige Tunke entsteht, die man zum Schluß abschmeckt und mit gehackter Petersilie würzt. Bei abgekochten Pilzen bereitet man die Tunke ebenso und benutzt einen Teil des Pilzwassers dazu. Die fertigen Graupen kommen nun auf eine Schüssel schichtweise mit den Pilzen, zuletzt Pilze und die Pilzstufe darüber. Das Ganze stellt man in einem warmen Ofen, oder zugedeckt auf heißes Wasser etwa zehn Minuten lang, daß es gut durchzieht.

Wer nicht über einen Glasschrank oder recht kühlen Keller verfügt, kann sich auf folgende Art eine kühle Aufbewahrung für verschiedene Speisen verschaffen. Die Kochkiste ist auch als Kühlkiste zu benutzen, indem man in den Topf kleine Eisstücke mit Kochsalz legt, und darauf die Butter, oder besonders zu kühlende Speisen stellt, den Topf zudeckt und die Kiste fest verschließt. Dergleichen eignet sich ein außen rauhes, innen glasiertes Tongefäß, das man in kaltes Wasser stellt, oder in ein nasses Tuch schlägt. Das Gefäß ist innen sehr schön kühl und steht am besten an einem luftigen oder zugigen Ort.

nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergebe, auf einer für Deutschland in üblicher annehmbarer Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn von Bülow vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn von Bülow vorgeschlagenen neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondiert werden sollte.

Um der politischen Leitung für diese Aktion die nötige Bewegungsfreiheit zu sichern, ersuchen wir eine alle Zustände bindende Entscheidung des Kaisers erforderlich. Die Entscheidung habe ich in dem am 11. September 1917 im Schloß Bellevue zu Berlin stattgefundenen Kronrat

ingeholt.

Mit dem Staatssekretär des Auswärtigen war ich der Ansicht, daß der Schritt des Münchener Nuntius die vorläufige und distinkteste Behandlung erfordere. Es wurde deshalb sowohl den Ministern und Staatssekretären, wie auch den Herren von der Obersten Seeresleitung und der Marine nur die Tatsache mitgeteilt, daß von neutraler Seite beim Reichskanzler ein Schritt unternommen worden sei, der auf einen englischen Friedensfühler schließen lasse, und daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens als Voraussetzung für das Betreten dieses Weges bezeichnet werde. Dagegen wurde weder im Kronrat, noch in den vorher und nachher stattgefundenen Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht, auf dem die Angelegenheit an die politische Leitung gelangt war, noch auch über den Weg, auf dem die Angelegenheit weiter verfolgt werden sollte.

Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Armee und der Marine befragt hatte, ihre Ansichten über die für die Beurteilung der Frage in Betracht kommenden militärischen und nautischen Gesichtspunkte vorzutragen, sprach sich der Chef des Admiralstabes dafür aus, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Seeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in

Rücksicht auf die exponierte Lage des für die Kriegführung durch seine kriegerisch-wirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebietes und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Vortrages, mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte.

Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinem neuen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrage weiter eröffnet, unsererseits sei

Voraussetzung für Verhandlungen mit England:
Die Erhaltung unseres Besitzstandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abhandlung von dem Wirtschaftskriege nach dem Kriege.

Der von dem Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichte Briefwechsel zwischen mir und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg vom 12. und 15. September 1917, der übrigens in der amtlichen Wiedergabe um die für das Verständnis wichtigen Schlüsselpunkte meines Schreibens gekürzt ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Es handelte sich bei den militärischen ebenso wie bei den wirtschaftlichen Wünschen Belgiens nicht um Vorbehalte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die dem Briefe des Feldmarschalls beigefügte Denkschrift des Generals Ludendorffs vom 14. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht.

Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis; es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach,

bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß

der Kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilungen nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Hieran schließt sich folgende Erklärung:
Die Unterzeichneten bekämpfen, daß die obige Darstellung, soweit sich die Dinge unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Kenntnis abgepielt haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht.
gez. v. Hindenburg. gez. Ludendorff. gez. Helfferich.

In der „Kronzeitung“ stellt Dr. Helfferich gegenüber allen Entstellungenabsichten und Verdunkelungsversuchen Erzbergers und seiner Freunde nochmals fest:

Es handelt sich einfach um die Tatsache, daß Herr Erzberger in seiner Doppelseigenschaft als Abgeordneter und Aufsichtsrat im Thyssen-Konzern der Reichsleitung die wertvollste Sammlung gestellt hat, durch Uebertragung der wertvollsten Erzgrube des Briey-Gebietes an den Thyssen-Konzern noch während des Krieges eine „vollendete Tatsache“ zu schaffen und dadurch

1. das später von Herrn Erzberger so ängstlich behütete Völkerrecht zu verletzen, das die Liquidation französischer Eigentums auf französischem Gebiete nicht gestattet;

2. das von ihm vertretene Privatunternehmen zu Lasten der deutschen Gesamtindustrie durch die vorweg erfolgende Ueberweisung der wertvollsten Briey-Grube zu bevorzugen;

3. das von ihm vertretene Privatunternehmen durch die vorweg erfolgende Entschädigung für seine in Frankreich erlittenen Schäden zu bevorzugen auch gegenüber der Gesamtheit der geschädigten Auslandsdeutschen, und zwar im Wege einer Schmälerung der für deren Entschädigung eventuell verfügbaren Reichsmittel.

Die Vorsicht, mit der Herr Erzberger diese springenden Punkte umgeht, beweist lediglich sein schlechtes Gewissen. Sollte ausnahmsweise Gedächtnisschwäche vorliegen, so bin ich zu weiterer Nachhilfe gern bereit.

Verantwortlich für Politik und Unterhaltungsteil: Hauptkassier Günter Herrich; für Verliches u. Provinz Hans Meißner; für den Anzeigenteil: Hans Reigelfind. Druck und Verlag: Fürstentümer Zeitung N.-G. Sämtlich in Köslin. Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Wer gut säen und ernten will,
benutzt die vielfach praktisch ausprobierte
Handsämaschine „Landwirtschaft“.

„Landwirtschaft“ hat sich bisher vorzüglich bewährt, ist von höchst einfacher Konstruktion und leichtem Gewicht, schon Menschenkräfte, kann von jedermann, sogar im Säen völlig unangeübten, ohne weiteres gehandhabt werden, macht Tierkräfte unnötig, spart Zeit, Saatgut u. verhindert Samenverlust.

„Landwirtschaft“ säet völlig gleichmäßig, gut verteilt, mühelos, billig, sicher und schnell und man kann damit nicht nur alle Getreidesorten, sondern jedes Saatgut bis zu den feinsten Sämereien aussäen.

„Landwirtschaft“ ist handlich, praktisch und dauerhaft, wetterfest, daher für jeden Landwirt ein unbedingt mitbringendes Gerät.

„Landwirtschaft“ wurde von Landwirten und Landwirtschaftskammern, Zeitungen viel empfohlen und liegen bereits massenhafte Anerkennungs- und Dankschreiben vor. Kein Landwirt versäume, sich in den Besitz der Handsämaschine „Landwirtschaft“ zu setzen.

Nur sofortige Bestellung gibt Gewähr für rechtzeitige Lieferung.

Preis der Maschine nur 120 Mark.
Weitere Auskunft erteilt
Der Generalvertreter für den Reg.-Bez. Köslin
Otto Dasso, Neustettin.

Hans Hoffmeister, Dentist
Bergstraße 24 (im Hause des Herrn Kurt Bastian).
Sprechstunden von 9-3 Uhr.
Zahnersatz in sämtlichen Ausführungen
sowie Zahnbehandlung.
Fernsprecher 573.

In E. Behl's Dampf-
Bettfedern-Reinigungs- und
Desinfektions-Anstalt
Mühlentorstraße 11
werden die Bettfedern durch sachmännische Bearbeitung hundert Prozent schöner.
Abtötung von Motten garantiert.
Auf Wunsch wird abgeholt u. zugestellt.

Geschlechts-Kranke!
Kasche Hilfe - Doppelte Hilfe!
Gonorrhöenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einschränkung und andere Gifte. Manneschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes der drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlreichem ärztl. Gutachten u. Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilten. Zusendung kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in verschloss. Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 926, Potsdamerstraße 123 B. Sprechstunden: 10-3-4 Uhr außer Sonnabend und Sonntag. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Kontrollisten
Aufrechnungsbogen
Ueberweisungsbogen
Ueberweisungsblätter

zur
Angestellten-
Versicherung

zu haben
„Fürstentümer Zeitung“ N.-G.
Köslin, Bergstraße 26.

Maschinenöle
Motoröle
Zylinderöle
Zertrüfungöle
Schuböle
Wagenfett
Konst. Fette

Liefern als reine Mineralöle zu den billigsten Tagespreisen für Industrie und Landwirtschaft.
Gebr. Breidenbach.
Man verlange Preisangebot!

Anlieferungen von
Heu
sowie auch
Kleeheu

Kösliner Häckselwerke
J. Sabakky.
Telefon 40.

Darlehen jeder Höhe
auch ohne Bürgen, ein Vierteljahr zinsfrei, weiterhin bis 6%, Hypotheken-, Industrie-, Beleih. 3 1/2 - 6%.

Allgem. Verw. G. - Ges.
Richter, Walter & Co.
Generalvertretung:
E. Reitzke, Kolberg,
Münderstr. 19, 2 Tr.
Näporto.

Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerz, aber unsere tausendfach bewährten, patentamtlich geschützt. Hörrommeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkennungen.

Sanis-Verband München 411

Bettmäßen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Aust. umsonst.
Sanis-Verband München. 411.

Auskunft umsonst bei
Hämorrhoiden
Verband von ausführenden
Broschüren durch die
Reicherr'sche Apotheke,
Eibing.


Moderne
Kneifer,
Brillen,
Loagnons,
Serngläser,
Thermometer,
Barometer.
Werner Fritz, Newtorstr. 18.

„Deutscher Reichskeller“
Bergstraße 26.
Täglich großer u. kräftiger Mittags- sowie Abendisch.
Kalte und warme Getränke zu jeder Tageszeit.

Saure Kirschen
kauft **Hans Schöneberndt,**
Hohelortstr. 3.

Die Reichswehr-Truppen-Flieger-Staffel 50
(Fliegerabteilung 428)
stellt 6 Pferdepfleger ein.
Reichswehrbedingungen, mobile Löhnung und Verpflegung.
Meldung beim Abteilungsstellenleiter täglich zwischen 10-11 Uhr vormittags. Militärpapiere sind mitzubringen.

Fahrradreifen, große Mengen,
In- und Auslandsware,
alle Größen.
sa. Gummi- und Ventiltümmel.
P. Grubke, Gärtnerstraße 15.

!!! keine Wanze mehr für
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal 1 und 2 zu erzielen.
Reißlose Wanzen- und Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gef. gesch. viele Dankschreiben.
Doppelpad. M. 2,50. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Drog. G. Gerndt, Hohelortstr. 17.
Bei Eins. v. M. 2,70, oder Postcheckkonto Berlin 31286, postleiste Zuf. nach auswärts durch Herrn. A. Grottel, Berlin, Könniggräber Str. 49.

Filz- und Velour-
Hüte
zum Umpressen und Färben
werden jetzt angenommen und
erblüht baldigst.
Große Auswahl moderner
Formen.
E. Karsten.

Zahn-Praxis
Martin Wluzka
vorm. Reichs
Köslin, Bergstr. 7
Eingang Junkerstr.
Sprech. 9-1 und 3-6.
Telephon 416.

Friedensware!
La Motorenöl
goldgelb
Lein
minderwertiges Teerprodukt
Maschinenöl
Zentrifugenöl
Wagenfett
Karbolineum
Riemenwachs
empfiehlt
zum billigsten Tagespreis
J. Nowak, Drogerie,
ältestes Geschäft am Plage.
Handschrift deutet ausführlich 50 Pf.
Graphologe Schneeweiß, Berlin,
Elsäßerstraße 19.

Echt englische
Zigaretten
soeben eingetroffen.
Max Wegner.

als fahrender
Ein **Wagen** Feldbahnmodell,
1 Kinderwagen, 1 Juchaus-
sack 1000 Liter, mehrere Pferde-
geschirre verkauft. Lüttich, wagen,
Quebeckstr. 4, Telefon 226.

Steuerkontor
Kolberg, Riemannstr. 6, 1.
Inhaber: Steuersekretär a. D.
Georg Junge, Kolberg a. d. Ostsee.

Mündliche und schriftliche Auskunft und Beratung in allen Steuerangelegenheiten.
Aufstellung aller Vermögensverzeichnisse.


**Badezimmer-
Be- und Entwässerungs-
Anlagen**
fabriziert von
**Kösliner
Industrie-Werke**
Carl Schröder
Köslin, Vrom

Geld in jeder Höhe
monatlich Rückzahlung
verleihen sofort.
G. Klume & Co., Hamburg 5.

Lebral
das Mittel gegen Leberleide.
Kurt Groß, Köslin.

Deutsche
Stahlfedern
(Heinze & Sander)
Winkelspitze, Kugelspitze,
Rundspitze.
„Fürstentümer Zeitung“
N.-G., Köslin.

Terminkalender der Zwangsversteigerungen.
Provinz Pommern.
Mitgeteilt von Peter Thiel, Berlin-Niederschönhausen.

Name und Wohnort des Bestehers des Grundstücks bezw. der Subhastaten (A = Auseinanderlegung.)	Zuständiges Amtsgericht	Grundbuch	Subhastations-termin	Datum	Std.	Größe des Grundstücks (ha)	Grundsteuer-reinertrag	Grundsteuer-nutzungswert
J. Noack (A)	Stettin	da.		20. 8.	10	—	—	1890
W. W. Wiese	Bergen a. R.	Putbus		21. 8.	10	0,06	—	6,8
R. Kropp	Stettin	da.		27. 8.	10	—	—	2690
R. Schulz (A)	Loitz	da.		29. 8.	10	0,04	—	390